

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 5. März 1932
Nr. 55

Veröffentlichung des Anzeigers
für das Erzgebirge
am 5. März 1932
Nr. 55

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Preis pro Nummer: fünfzig Pfennig.

Nr. 55

Sonnabend, den 5. März 1932

27. Jahrgang

Einstellung der Feindseligkeiten in Fernost?

Unter dem militärischen Druck der Japaner

Japan wartet ab
Tokio, 3. März. Reuter meldet aus Tokio, die japanische Regierung erkläre, sie gebe keine neuen Forderungen zu erheben.

Chinas Haltung

Nanking, 3. März. Chinesische amtliche Kreise in Peking teilen mit, daß die Gerüchte über ein Waffenstillstandsangebot an Japan nicht den Tatsachen entsprechen. In einer heute stattfindenden außerordentlichen Kabinettsitzung wurde die Lage in Schanghai beraten. Die chinesische Regierung betont, daß sie zwischen Schanghai und der Mandchurei keinen Unterschied mache, und daß Japan auch aus diesen Gebieten seine Truppen zurückziehen müsse.

Japanischer Befehl zur Einstellung des Kampfes

Tokio, 4. März. Eine japanische amtliche Meldung besagt, daß gestern nachmittag um 14 Uhr der Befehl zur Einstellung des Kampfes gegeben worden ist und daß der Kampf seitdem vollständig ruht.

China lehnt die japanischen Forderungen ab

Nanking, 4. März. Der chinesische Außenminister hat seinen Vertreter in Schanghai angewiesen, dem britischen Admiral Kelly mitzuteilen, daß China die neuen japanischen Forderungen nicht annehmen könne.

Die Kosten der Schanghai-Operationen

Tokio, 3. März. Ein kaiserlicher Erlass, der 16 Millionen Yen für militärische Operationen bei Schanghai zur Verfügung stellt, wurde heute vom Seheimen Staatsrat gebilligt. Die Summe dürfte bis zum 17. März ausreichen. Wahrscheinlich wird das Parlament am 15. März für eine Sonderkredit einberufen werden, um die bisherigen Ausgaben nachträglich zu genehmigen und gegebenenfalls weitere Gelder zu bewilligen.

Der Fernost-Konflikt vor dem Völkerbund

Genf, 3. März. Die auf Antrag Chinas einberufene außerordentliche Völkerbundversammlung ist heute vormittag 11 Uhr vom amtierenden Ratspräsidenten Paul Boncour eröffnet worden.

Aus den gestern vom Ratspräsidenten und dem in Aussicht genommenen Präsidenten der Versammlung, dem belgischen Außenminister Hymans, mit den Vertretern Chinas und Japans geführten Vorbesprechungen ergibt sich, daß der chinesische Delegationsführer Yen die Anwendung des Artikels 15 auf die mandchurische Angelegenheit verlangt und daß der japanische Botschafter Matsubara dem widersprechen wird. Paul Boncour hat gestern von dem japanischen Delegierten Zustimmung für die Beendigung der Feindseligkeiten in Schanghai verlangt. Die Japaner sprachen die Hoffnung aus, diesem Wunsche entsprechen zu können, übernahmen aber keine formellen Verpflichtungen.

Der chinesische Delegierte Yen stellte in seiner Rede den verschiedenen Beschlüssen des Völkerbundesrates und den Zusagen der japanischen Regierung über die baldige Räumung des besetzten Gebietes die Tatsache der immer weiteren Ausdehnung der japanischen Kontrolle über die Mandchurei gegenüber. Die Anerkennung der japanischen Souveränität auf chinesischem Boden sei der Angriff auf die Chinesenstadt von Schanghai und die chinesische Hauptstadt Nanking am Vorabend der Abrüstungskonferenz gewesen. Dort wie in Peking habe ein verhältnismäßig unbedeutender Zwischenfall als Vorwand herhalten müssen. Den Appell der Mächte zur Einhaltung seiner internationalen Verpflichtungen habe Japan am nächsten Tage mit einem Ultimatum an die chinesischen Behörden in Schanghai beantwortet, und es habe sich auch gegen den neuen Appell des Völkerbundesrates, den Ausbruch von Feindseligkeiten zu vermeiden, taub gezeigt.

Mit seinem ganzen Vorgehen habe Japan den Völkerbundrat brüskiert. Es habe die Völkerbundbeschlüsse verstoßen und sich der schiedsgerichtlichen Erledigung des Konfliktes entzogen. Darin liege auch eine Verletzung des Kelloggpatentes. Auch der in dem japanischen Vorgehen festzustellende Bruch des Neunmächte-Vertrages könne für den Völkerbund nicht gleichgültig

sein. Abschließend forderte der chinesische Vertreter die Völkerbundversammlung auf, die Möglichkeiten zur Herbeiführung einer Regelung gemäß den Bestimmungen der Völkerbundbeschlüsse zu prüfen und zu erschöpfen.

Nach Einsetzung des Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten sprach Paul Boncour in mehr als einständiger Rede über das bisherige Verfahren im Völkerbundrat. Er erwähnte einleitend, daß es sich um die zweite außerordentliche Völkerbundversammlung handele. Die erste sei erfüllt gewesen von der Aufrichtigkeit auf den Eintritt eines europäischen Großstaates. Es seien Schwierigkeiten aufgetreten, aber schließlich sei die Mitarbeit dieses Landes doch für den Völkerbund gesichert worden, eine Mitarbeit, die deshalb besonders wertvoll sei, weil nur auf dem Boden des internationalen Rechtes und unter der Regide des Völkerbundes die großen Konflikte gelöst werden könnten. Nach dieser Anspielung auf die Rolle Deutschlands im Völkerbund erklärte Paul Boncour sehr ausführlich, wenn auch mit Uebergang gewisser heikler Umstände, die Entwicklung des ostasiatischen Konfliktes und des Verfahrens im Völkerbund. Er nahm indirekt sehr entschiedene Stellung gegen Japan, indem er von der Romundigkeit der Anwendung der Verträge unter solcher Berücksichtigung der besonderen Umstände, von Mangel an internationalem Geist, vom Mißverhältnis zwischen dem Appell des Völkerbundes und dem Mangel der Waffen und schließlich von Erklärungen, die durch die Tatsachen dementiert worden seien, sprach. Paul Boncour ging dann auf die in Schanghai im Gange befindliche Vermittlungssaktion ein. Die Umstände für eine Beendigung des Streites seien als günstig anzusehen. Er schloß mit einem Appell an die Völkerbundversammlung und wies darauf hin, daß die öffentliche Meinung der ganzen Welt mit großer Spannung auf die Völkerbundversammlung blicke.

Aus dem Bericht des Vollmachtenprüfungsausschusses ergibt sich, daß alle Mitglieder des Völkerbundes an der Versammlung teilnehmen mit Ausnahme von Argentinien, der Dominikanischen Republik, Honduras, Nicaragua und Saragwah. Die Versammlung wählte mit 45 von 47 abgegebenen Stimmen den belgischen Außenminister Hymans zum Präsidenten.

Die japanischen Bedingungen, die China abgelehnt hat

Genf, 3. März. Im weiteren Verlauf der Nachmittagsitzung der Völkerbundversammlung gab der Vertreter Chinas eine Note seiner Regierung bekannt, in der die Bedingungen Japans an China für die Einstellung der Feindseligkeiten mitgeteilt worden sind und die die chinesische Regierung abgelehnt hat. Japan fordert von China:

1. China solle seine Truppen auf eine bestimmte Linie, die von den japanischen und chinesischen Behörden festzusetzen wäre, zurückziehen. Japan werde dafür in eine Einstellung der Feindseligkeiten während einer gewissen Periode einwilligen.
2. Während der Einstellung der Feindseligkeiten solle in Schanghai eine Runderkunft zwischen

Japan und China abgehalten werden, an der die Vertreter der hauptsächlich interessierten Mächte teilnehmen würden, um zu einer Abmachung über die Methoden der Zurückziehung der chinesischen und japanischen Streitkräfte zu kommen.

3. China solle mit dem Rückzug seiner Truppen bis zu einer genau festzusetzenden Linie beginnen. Die japanischen Truppen würden sich erst, wenn der Rückzug der chinesischen Streitkräfte erfolgt und festgestellt sei, in die Richtung der Zone von Schanghai und Wusung zurückziehen.

4. Im Falle des Bruches dieser Abmachungen durch eine Partei würde die andere Partei ihre politische Handlungsfreiheit wiedergewinnen.

Nach Ansicht der chinesischen Regierung bedeuteten diese Bedingungen die völlige Kapitulation Chinas vor Japan und seien infolgedessen für China unannehmbar. Unter diesen Umständen sei die Fortsetzung der Feindseligkeiten unvermeidbar.

Abbruch der Waffenstillstandsverhandlungen

Genf, 3. März. In der Nachmittagsitzung der Völkerbundversammlung des Völkerbundes begann der chinesische Delegierte Yen seine Ausführungen mit der aufsehenerregenden Mitteilung, daß die Waffenstillstandsverhandlungen in Schanghai abgebrochen worden seien.

In der Eröffnungssitzung am Vormittag wurden acht Vizepräsidenten gewählt, und zwar die Vertreter Englands, Deutschlands, Frankreichs, Italiens, der Schweiz, Südafrikas, Perziens und Mexikos.

Erklärung Japans auf der Völkerbundversammlung

Genf, 3. März. Der japanische Delegierte Matsubara erhielt nach dem chinesischen Vertreter das Wort. Japan, so führte er aus, sei durch die Anforderungen der Lage in Schanghai gezwungen gewesen, Maßnahmen der Selbstverteidigung gegen eine unmittelbare schwere Gefahr für seine Staatsangehörigen und für die internationale Konzeption zu ergreifen. Sobald ein sicheres Mittel zur Beseitigung der Gefahr gefunden werden könne, werde die Angelegenheit sich von selbst erledigen. Matsubara schilderte die Entwicklung des chinesischen Nationalismus seit dem Jahre 1911. Die Vertragsrechte Japans seien verletzt worden. Man habe antijapanische Boykottbewegungen organisiert und Gewalttaten verübt. Matsubara gab eine Darlegung der Entwicklung des Konfliktes in Schanghai. Bedauerlicherweise seien trotz aller Vorsichtsmaßnahmen infolge von Materialmangeln und Irrtümern unndrige Verluste an Leben und Eigentum in einigen Fällen eingetreten. Matsubara sagte, daß in dem Maße, wie die Lage sich in dem Gebiet von Schanghai bessert, die japanischen Expeditionskräfte vom chinesischen Gebiet zurückgezogen würden. Zur mandchurischen Angelegenheit erklärte er, sie gehöre nach Auffassung der japanischen Regierung nicht zur Zuständigkeit der Völkerbundversammlung. Es wäre unflug, die Erörterungen in der Völkerbundversammlung über die mandchurische Frage aufzunehmen.

Nachdem der Vertreter Japans geendet hatte, wurde die Weiterbehandlung der Sache des Hauptausschusses der Versammlung überwiesen, der morgen nachmittag zusammentreten wird.

Der Wahlkampf im Gange

Die amtliche Kandidatenliste

Berlin, 4. März. Das Büro des Reichswahlleiters teilt nachstehend die Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl mit:

- Theodor Duesterberg, Oberleutnant a. D., Halle a. d. Saale,
Paul von Hindenburg, Reichspräsident, Geronhof, Jüterbog, Berlin,
Wolfgang Hitler, Regierungsrat im Braunschweigischen Staatsdienst, Hildesheim,
Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg,
Edolf Gustav Winter, Betriebsanwalt, Großjena bei Raumburg.

Die Reichspräsidenten-Erklärung im Konflikt

Berlin, 3. März. Reichspräsident von Hindenburg wird im Rahmen der Small-Lennox von heute ab im

ganzen Deutschen Reich seine Erklärung sprechen, die er vor den vereinigten Hindenburg-Ausschüssen zur Annahme der Präsidentschaftskandidatur abgegeben hat.

Aufruf des Hindenburgbundes zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 3. März. Der Hindenburgbund, der die Jugendgruppen der Deutschen Volkspartei umfaßt, verbreitet einen Aufruf zur Reichspräsidentenwahl, in dem es u. a. heißt: Der Hindenburgbund kennt nur eine Wahlparole: Hindenburg. Mit Stolz tragen wir seinen Namen. Hindenburg ist uns die Verkörperung alles dessen, was wir in Deutschland lieben: Heiligkeit, Befreiung, soldatisches Pflichtbewußtsein, hochgepanntes nationales Ehrgefühl. Hieda zum Vaterland und persönliche Treue nicht in Worten, sondern im